



Regionalbericht West- und Zentralafrika

**Gegensätzliche Wege:
Zwischen Demokratiekonsolidierung
und Festigen von Autokratien**

von Martin Welz

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Der Text und die Abbildungen dieser Publikation sind urheberrechtlich geschützt und lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY-SA 4.0) Lizenz. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legal-code.de>



Das Titelfoto (© PhotoDisc/Gettyimages.com) und die Logos sind ebenfalls urheberrechtlich geschützt, unterfallen aber nicht der genannten CC-Lizenz und dürfen nicht verwendet werden.

DOI 10.11586/2026035

Regionalbericht BTI 2026 West- und Zentralafrika

Gegensätzliche Wege: Zwischen Demokratiekonsolidierung und Festigen von Autokratien

von Martin Welz*

Überblick zu den Transformationsprozessen in Benin, Burkina Faso, Kamerun, die Zentralafrikanische Republik, Tschad, Côte d'Ivoire, Demokratische Republik Kongo, Äquatorialguinea, Gabun, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Liberia, Mali, Mauretanien, Niger, Nigeria, Republik Kongo, Senegal, Sierra Leone und Togo



Dieser Regionalbericht analysiert die Ergebnisse des Transformationsindex BTI 2026 der Bertelsmann Stiftung im Untersuchungszeitraum vom 1. Februar 2023 bis zum 31. Januar 2025. Weitere Informationen finden Sie unter www.bti-project.org.

Zitiervorschlag:

Martin Welz, Gegensätzliche Wege: Zwischen Demokratiekonsolidierung und Festigen von Autokratien — BTI 2026-Regionalbericht West- und Zentralafrika, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2026.

* Martin Welz ist Professor für Vergleichende Politische Kulturforschung an der Universität der Bundeswehr München und gemeinsam mit Matthias Basedau BTI-Regionalkoordinator für West- und Zentralafrika.

Einleitung

Die Entwicklungen in der BTI-Region West- und Zentralafrika verliefen zwischen Februar 2023 und Januar 2025 höchst unterschiedlich. Während es diesem Berichtszeitraum in der Region weitere Coups gab, die Demokratisierungsfortschritte zunichtemachten und sich autoritäre Strukturen mancherorts weiter festigten, kam andernorts die Demokratisierung in kleinen Schritten voran. Die Region zeichnete sich folglich durch eine starke Varianz innerhalb eines Spektrums von „defekten Demokratien“ bis hin zu „harten Autokratien“ aus, wobei die autokratischen Länder in der Mehrzahl sind. West- und Zentralafrika weist nach der BTI-Region Mittlerer Osten und Nordafrika den niedrigsten Durchschnittswert im Demokratie-Index aus. Der Demokratiestatus verbesserte sich unter anderem in Gambia und Liberia leicht. Stark verschlechtert hat sich der Demokratiestatus hingegen in Guinea, Guinea-Bissau, Mali, Gabun und allen voran in Burkina Faso und Niger.

In der Bewertung stürzte der Niger regelrecht ab. Infolge eines Coups 2023, der eine Junta an die Macht brachte, die die demokratischen Erfolge des Landes weitestgehend abwickelte und autoritär ohne die Absicht demokratische Wahlen in naher Zukunft abzuhalten regierte, verlor das Land den Status einer „defekten Demokratie“, zu der es noch im BTI 2024 hochgestuft worden war. Im BTI 2026 ist Niger nunmehr eine „harte Autokratie“, was ein Absturz um drei Kategorien bedeutet. Diese Entwicklung beschränkte sich nicht nur auf Niger. Das Land war nur der jüngste Fall einer Serie von Coups in der Sahelzone, die Militärregierungen an die Macht brachten, die eng miteinander und mit Autokratien wie China, Russland und der Türkei kooperierten, aber demokratischen Kräften im Land wenig Chance ließen. Auch in Burkina Faso und in geringem Ausmaß in Mali konsolidierten sich die Autokratien weiter.

Im Bereich der wirtschaftlichen Transformation zeigt die BTI Region West- und Zentralafrika ein recht einheitliches Bild. Alle Staaten der Region clustern sich in zwei Kategorien, namentlich in der Kategorie „eingeschränkt“, in der die fünf Staaten Ghana, Benin, Gambia, Côte d’Ivoire und Gabun eingruppiert werden und der Kategorie „stark eingeschränkt“ in der alle anderen Staaten West- und Zentralafrikas sich wiederfinden. In der Tendenz lässt sich sagen, dass die Staaten in Zentralafrika in ökonomischer Hinsicht noch etwas größeren Herausforderungen gegenüberstanden als die Staaten in Westafrika. Die gesamte BTI-Region West- und Zentralafrika litt und leidet unter hohen strukturellen Hürden und in besonderem Maße unter den Folgen des Klimawandels, was zusammengekommen die wirtschaftliche und sozioökonomische Entwicklung sichtbar erschwert.

Mit Blick auf die Qualität der Governance zeigt sich hingegen ein ähnliches Bild wie beim Demokratiestatus. Auch hier belegt die Region mit ihrem Durchschnittswert einen der letzten Plätze. Sie liegt jedoch noch vor den beiden BTI-Regionen Mittleren Osten und Nordafrika sowie Süd- und Ostafrika. Ebenso zeigt sich die eine große Varianz zwischen „guter“ Qualität der Governance und dem, was der BTI als „gescheitert“ betrachtet. Nimmt man die beiden großen Absteiger Niger und Burkina Faso jedoch aus dem Bild, zeigt sich vor allem eine Stagnation. Es gibt kaum Bewegung in diesem Feld. Lediglich in den Fällen Togo, Guinea-Bissau, Mali und Guinea zeigen sich kleinere Rückschritte, wohingegen Nigeria und Gabun leichte Fortschritte verzeichnen.

Allerdings zeigen die Länderberichte bei der wirtschaftlichen Entwicklung auch, dass die ökonomische Talsohle der letzten Jahre, die nicht zuletzt durch die Covid 19-Pandemie verursacht oder verstärkt wurde, durchschritten scheint. Mit Ausnahme von Burkina Faso, Niger, Kamerun, Gabun und Togo, die selbst kaum messbare Rückschritte im Wirtschaftsstatus zu verzeichnen hatten, stagnierte der Wirtschaftsstatus bei insgesamt acht Ländern der Region und in neun Fällen gab es Fortschritte. Zur letzteren Gruppe gehören Ghana, Nigeria, Gambia, Rep. Kongo, Zentralafrikanische Republik, Äquatorial Guinea, Côte d'Ivoire, Mauretanien und Guinea.

Die drei folgenden Abschnitte stellen diese Entwicklungen in den Bereichen politische und wirtschaftliche Transformation sowie Qualität der Governance ausführlicher vor. Diese Zusammenfassung basiert auf den Länderberichten des BTI 2026, die die Entwicklungen im Detail beleuchten. Dieser Regionalbericht zu West- und Zentralafrika schließt mit einem Ausblick.

Politische Transformation

Im Bereich der politischen Transformation setzten sich viele der Trends in der BTI-Region West- und Zentralafrika fort, die dort seit einigen Jahren zu beobachten sind. Dazu gehörte sowohl die Konsolidierung der Demokratie in einigen Ländern, aber auch anhaltender Druck auf Demokratien, die Festigung von autoritären Regierungen, die Ausbreitung von Militärregierungen und von Jihadismus in der Region, insbesondere in der Sahelzone. Die größte Veränderung in der Region im Berichtszeitraum fand fraglos im Niger statt. Hatte der BTI 2024 Niger noch als „defekte Demokratie“ eingestuft, wandelte er sich nach einem Coup zu einer „harten Autokratie“, ein tragischer Absturz um drei Kategorien.

Tab. 1: Entwicklungsstand der politischen Transformation

sich konsolidierende Demokratien	defekte Demokratien	stark defekte Demokratien	gemäßigte Autokratien	harte Autokratien
Werte 10 bis 8	Werte < 8 bis 6	Werte < 6	Werte ≥ 4	Werte < 4
	Ghana	Sierra Leone	Benin	Guinea ▼
	Gambia		Côte d'Ivoire	Zentralafrikanische Rep.
	Senegal		Guinea-Bissau	Kamerun
	Liberia		Togo	Kongo, DR ●
			Mauretanien	Kongo, Rep.
			Nigeria	Äquatorialguinea
			Gabun	Mali
				Burkina Faso
				Niger ▼▼▼
				Tschad

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2026. Die Länder sind entsprechend ihrer Systemkategorisierung und der Bewertung des politischen Transformationsstands angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2024, Punkte bezeichnen zerfallende Staaten.

Wenngleich es in West- und Zentralafrika im Berichtszeitraum eine Vielzahl von „harten Autokratien“ gab, darf dies nicht den Blick darauf verstellen, dass das Spektrum der Systeme in der Region groß war. Es reichte vom Senegal an einem Ende des Spektrums, wo nach einer kurzen unruhigen Phase sich letztlich demokratische Institutionen durchzusetzen vermochten oder

Gambia, dessen Demokratie sich nach Jahren der Diktatur weiter festigte. Am anderen Ende des Spektrums befanden sich Staaten wie der Tschad, in dem demokratische Akteure systematisch zum Schweigen gebracht wurden oder der Demokratischen Republik Kongo, einer harten Autokratie und einem „failing state“, in dem es der Regierung nicht gelang, für die Sicherheit der Bevölkerung und deren Versorgung mit essentiellen Gütern zu sorgen.

Zu den defekten, aber sich weiter konsolidierenden Demokratien in der Region gehören im BTI 2026 drei Staaten: Gambia, Liberia und Senegal. In Gambia setzt sich die politische Transformation, die nach dem Sturz des autoritären Präsidenten Yahya Jammeh 2017 begann, in kleinen Schritten weiter fort. Die Regierung unter Adama Barrow sorgte im Berichtszeitraum für ein Umfeld, in dem Menschenrechte und demokratische Standards weiter respektiert werden und in dem Korruption bekämpft wird. Auch in Liberia verlief die politische Transformation weiter Richtung Konsolidierung der Demokratie. In dem Land kam es nach den Wahlen im November 2023, die Joseph Boakai gewann, zu einem friedlichen Machtwechsel. Der Wahlsieg Boakais war auch mit den unerfüllten Hoffnungen vieler Menschen in Liberia verknüpft, die sie bei der Wahl von George Weah zum Präsidenten 2017 gesteckt hatten. Boakai trat mit den Versprechen an, die Qualität staatlicher Dienstleistungen zu verbessern und für Wirtschaftswachstum zu sorgen.

Deutlich turbulenter verlief die Entwicklung im Senegal. Dort versuchte der amtierende Präsident Macky Sall, die turnusmäßig geplanten Präsidentenwahlen zu verhindern und die Opposition zu schwächen. Nur drei Wochen vor der angesetzten Präsidentenwahl im Februar 2024 ließ er den Urnengang um mehrere Monate verschieben. Sein Versuch, sich entgegen den Regeln der Verfassung eine dritte Amtszeit zu sichern, hatten seit 2021 immer wieder zu Unruhen geführt. Erst im Juli 2023 hatte er sich festgelegt, nicht wieder zu kandidieren und unterstützte stattdessen seinen Premierminister – ein Technokrat – als Präsidentschaftsbewerber. Salls Anstrengungen waren letztlich erfolglos. Das Verfassungsgericht erzwang eine Wahl vor dem Ende seiner Amtszeit, so dass der Urnengang hastig bis Ende März 2024 organisiert und durchgeführt werden musste. Die Opposition schickte Bassirou Diomaye Faye als ihren Kandidaten ins Rennen, nachdem der populäre Ousmane Sonko im Gefängnis sitzend von den Wahlen ausgeschlossen worden war. Faye gewann die Präsidentenwahlen, setzte Sonko als Premierminister ein und löste das Parlament Ende 2024 auf, um Parlamentswahlen durchzuführen, die in einem Sieg seiner Partei mündeten und den Machtwechsel weiter festigten.

Ein weiterer Trend, der sich fortsetzte, war der Druck, der auf der Demokratisierung in Ghana lastet. Wenngleich Ghana weiterhin das Ranking der BTI-Region West- und Zentralafrika anführt, unter allen BTI-Ländern Platz 19 belegt und weiterhin als „defekte Demokratie“ eingestuft wird, treten die Herausforderungen im Bereich der politischen Transformation immer offener zu Tage. Der Länderbericht zeigt dies vor allem durch die schlechtere Bewertung in den Bereichen Versammlungsfreiheit und Zustimmung zur Demokratie. Bereits im BTI 2024 war es zu einer Herabstufung von einer sich konsolidierenden zu einer defekten Demokratie gekommen. Die Opposition konnte nicht zuletzt wegen ihrem Versprechen, einen Neustart inmitten der Wirtschaftskrise zu wagen, einen Wahlsieg im Dezember 2024 erringen. Wie die Heraufstufung in der BTI-Analyse zeigt, galten die Wahlen als frei und fair. Sie wurden jedoch laut dem Ghana Center for Democratic Development durch Gewalt überschattet, durch die landesweit sechs Todesopfer, 46 Verletzte und einige Fälle von Sachbeschädigung zu beklagen waren. Trotz des friedlichen Machtwechsels nach den Wahlen zeigte sich, dass die ökonomischen Probleme des

Landes und der sich gefühlt kaum verbessernde Lebensstandard dazu geführt haben, das Vertrauen in die staatlichen Institutionen zu untergraben, was die Demokratie des Landes zusehends untergrub.

Ein Trend der insbesondere den Entwicklungen in Gambia, Senegal und Liberia entgegenlief, war ein Voranschreiten der Autokratisierung, wenn man auf die Region als Ganzes blickt. Bereits 2024 erreichte die BTI-Region West- und Zentralafrika mit 4,76 den niedrigsten Durchschnittswert im Demokratieindex seit Beginn des BTI 2006. Dieser Wert wurde 2026 nochmals deutlich unterboten und liegt im BTI 2026 bei 4,44. Nur in der BTI-Region Mittlerer Osten und Nordafrika ist der Durchschnittswert noch niedriger (3,44).

Besonders auffällig ist das Voranschreiten der Autokratisierung in der Sahelzone. In Burkina Faso und Mali, die 2022 bzw. 2021 zuletzt einen Putsch erlebt hatten, der Militärregierungen ins Amt gebracht hatte, festigte sich deren autoritäre Herrschaft im Berichtszeitraum zusehends. Dies geschah teils mit Unterstützung russischer Söldner aber auch mit Zustimmung Teile der Bevölkerung, die Hoffnung auf das Militär setzte, die prekäre Sicherheitslage in den Ländern unter Kontrolle zu bringen. In Burkina Faso wurde die Übergangsphase bis 2029 verlängert, was bedeutet, dass bis dahin keine Wahlen geplant sind. Politische Parteien waren verboten und die Zivilgesellschaft sah sich Repressalien ausgesetzt. So wurden politisch Aktive und Journalistinnen und Journalisten massiv eingeschüchtert. In Mali wurden ebenso noch keine Wahlen abgehalten oder angekündigt. Im Land wurden nun die drei zentralen Ämter des Landes – Präsident, Premierminister und Präsident des National Transitional Council – von Militärangehörigen begleitet.

Auch im Tschad, wo nach dem Tode seines Vaters, Mahamat Déby 2021 verfassungswidrig ins Amt kam, festigte sich die autoritäre Herrschaft des Präsidenten. Diesem gelang es, die politische Übergangsphase nach dem Tod von Idriss Déby durch eine Wahl zu beenden. Die Präsidentenwahl, war jedoch von Unregelmäßigkeiten überschattet, wie der Länderbericht zum Tschad ausführt. Im Tschad gab es im Berichtszeitraum weder sichtbare demokratische Institutionen noch einen Willen der relevanten Akteure des Landes für solche einzutreten.

Niger, ebenfalls in der Sahelzone gelegen, wurde von der Autokratisierungswelle in der Region erfasst. Wurde das Land im letzten BTI noch zur „defekten Demokratie“ hochgestuft, erlebt es im BTI 2026 es einen Absturz infolge eines Coups, der sich im Juli 2023 und damit im Berichtszeitraum 2023–2025 ereignete, und eine Militärjunta unter Abdourahamane Tiani ins Amt brachte. Die Junta machte sich zunutze, dass es in Teilen der Bevölkerung Frustration darüber gab, dass sich trotz massiver ausländischer Hilfe die Lebensbedingungen der Menschen im Lande nicht spürbar verbesserten. Die Militärregierung setzte die Verfassung aus, verbot politische Parteien und brachte die Legislative und Judikative unter ihre Kontrolle. Wie in Burkina Faso und in Mali, gab es in Niger keine geäußerten Absichten, eine Wahl anzuhalten, die die Übergangszeit beenden würde.

Auch außerhalb der Sahelzone konsolidierten sich Autokratien im Berichtszeitraum weiter. In Guinea gab es keine Absicht der Militärregierung, die Übergangszeit wie angekündigt nach dem Coup 2021 bis zum Ende des Jahres 2024 zu beenden. Stattdessen regierte die Junta weiter. Mit Hilfe der (ehemaligen) Wagner-Söldner festigte der Präsident der Zentralafrikanischen Republik seine Macht weiter und sorgte damit für eine eher ruhige und stabile Phase im ansonsten kri-

sengeschnüttelten Land – zulasten demokratischer Standards. In Äquatorial Guinea stieg Russland zu einem gewichtigen Spieler auf und unterstützte den Präsidenten Teodoro Obiang Nguema bei der vermutlich geplanten Machtübergabe an seinen Sohn. In Kamerun regierte Paul Biya nun seit dem Jahr 1982 und es zeichnete sich zu dem Zeitpunkt, als dieser Bericht geschrieben wurde, ab, dass der 92-jährige zur nächsten Wahl, welche für den Oktober 2025 angesetzt ist, antreten wird. In der Republik Kongo zementierte Sassou Nguesso seine Macht und kann durch Abschaffung einer Amtszeitbeschränkung und einer Altersgrenze bis mindestens 2031 weiterregieren. In der Demokratischen Republik Kongo wurde der Präsident Félix Tshisekedi trotz Vorwürfen der Wahlfälschung wiedergewählt.

Besonders offenkundig war das Voranschreiten der Autokratisierung in Guinea-Bissau. Das im Juni 2023 gewählte Parlament wurde verfassungswidrig im Dezember desselben Jahres aufgelöst. Parlamentsmitglieder wurden unter Einsatz von Tränengas daran gehindert, das Parlamentsgebäude zu betreten. Im November 2024 wurden die notwendigen Neuwahlen aufgrund finanzieller und logistischer Probleme verschoben. Im Berichtszeitraum fand keine Parlamentswahl mehr statt, so dass das Land bis zuletzt ohne Parlament blieb. Auch die im Jahr 2024 notwendige Präsidentenwahl fand nicht statt. Parallel zu diesen Entwicklungen wurden über viele Monate hinweg Demonstrationen verboten. Eine entgegen des Verbots stattfindende Demonstration im Mai 2024 wurde laut Berichten der Bissau-Guinean Human Rights League von Polizeigewalt überschattet. Es kam zu Verhaftungen, Folter und Kidnapping. Die Presse- und Meinungsfreiheit wurden weiter eingeschränkt.

Etwas anders verlief die Situation in Gabun. Dort kam es im Juli 2023 ebenso zu einem Coup, der die aufeinanderfolgenden Herrschaften von Vater Omar Bongo und Sohn Ali Bongo, die seit 1967 durchgängig regierten, stürzte. Das Militär setzte Brice Oligui Nguema, ein Cousin des gestürzten Präsidenten, als Übergangspräsidenten ein. Im November 2024 stand eine neue Verfassung, die in einem „nationalen Dialog“ ausgearbeitet worden war, in einem Referendum zur Abstimmung und wurde abgenommen. Brice Oligui Nguema gewann die Präsidentenwahlen im April 2025.

In der Demokratischen Republik Kongo stellte sich der Präsident Félix Tshisekedi im Dezember 2023 einer Wiederwahl. Überschattet von Betrugsvorwürfen gewann er die Wahl, die mehr als ein Instrument der Legitimierung der Herrschenden erschien, und nicht als demokratische Teilhabe zu sehen war, wie der BTI-Bericht zum Land festhält. Demokratische Institutionen wurden im Berichtszeitraum weiter erodiert und die chronische Korruption blieb weiter umfassend und systemisch. Mit Blick auf die Sicherheitslage bleibt insbesondere der Osten des Landes unruhig. Die vom Nachbarland Ruanda unterstützten M23-Rebellen waren auf dem Vormarsch. Im Juni 2025, also nach dem Ende des von den Länderberichten erfassten Zeitraums, wurde ein von den Katar und den Vereinigten Staaten von Amerika vorangetriebenes Friedensabkommen zwischen Ruanda und der Demokratischen Republik Kongo in Washington unterzeichnet. Dessen Effekte waren beim Abfassen dieses Regionalberichts noch unklar. Aufgrund von Problemen beim Gewaltmonopol und der mangelnden Bereitstellung einer minimalen Infrastruktur wird die Demokratische Republik Kongo im BTI 2026 weiterhin als „failing state“ klassifiziert. Rasche Veränderungen an dieser Situation erscheinen unwahrscheinlich, liegen die Ursachen dafür doch in der systematischen Korruption, mangelnder Professionalität und ethnischen Spannungen. Im Falle des Kongo war und ist die Situation besonders tragisch angesichts der Tatsache, dass das

Land eine unglaubliche Fülle an weltweit gefragten natürlichen Ressourcen hat, zu denen Kupfer, Kobalt und Diamanten gehören. Trotz – oder vielleicht wegen – dieses Reichtums gelang es der Regierung nicht, die Bevölkerung an dem Ressourcenreichtum teilhaben zu lassen: 70% der Bevölkerung lebten im Berichtszeitraum unterhalb der Armutsgrenze.

Ein letzter hier erwähnter anhaltender Trend ist der des Voranschreitens des Jihadismus, was im Berichtszeitraum die vermutlich größte Sicherheitsherausforderung in der Region darstellte. Gruppen wie Jama'at Nasr al-Islam wal Muslimin, Boko Haram (eigentlich Jamā'at Ahl as-Sunnah lid-Da'wah wa'l-Jihād) und dessen Ableger, der Islamische Staat in der Großsahara operierten in der Region oft grenzüberschreitend. Jihadismus war nicht nur ein Phänomen in Mali und den angrenzenden Sahelstaaten, insbesondere Burkina Faso, sondern hat auch auf umliegende Staaten ausgegriffen und erfasste auch Benin und Togo genauso wie die Demokratische Republik Kongo, wo die Allied Democratic Forces Fußgefasst hat. Vor allem in den Sahelstaaten kontrollierten jihadistische Akteure größere Teile des Territoriums, traten teils als Ersatzstaat auf und schufen Parallelstrukturen.

Wirtschaftliche Transformation

Der Stand der wirtschaftlichen Transformation verharrte ohne signifikante Veränderungen auf niedrigem Niveau. Wurde im BTI 2024 mit 4,22 ein erneut tiefer Wert seit Beginn des BTI im Jahr 2006 für den Durchschnitt aller Länder der Region West- und Zentralafrika erreicht, so verbesserte sich der Wert 2026 leicht auf 4,27. Die Region zeichnete sich weiterhin durch ein stark uniformes Bild aus, das gekennzeichnet war von wenigen Staaten mit einem „eingeschränkten“ und vielen Staaten mit „stark eingeschränktem“ Entwicklungsstand der wirtschaftlichen Transformation. Mit Ausnahme Gabuns, das in der Regel zu Zentralafrika gezählt wird, sind alle Länder, die einen besser bewerteten Entwicklungsstand aufweisen, in Westafrika zu finden.

Ein paar Zahlen verdeutlichen die ökonomischen Herausforderungen der Region: Mit der Ausnahme der ölreichen Länder Äquatorialguinea und Gabun rangieren alle Länder in West- und Zentralafrika in der unteren Hälfte des pro-Kopf GDPs aller vom BTI untersuchten Staaten. Noch nicht einmal Gabun als Land mit dem höchsten Wert in der Region übersprang den Durchschnittswert des pro-Kopf GDPs aller BTI-Staaten. Dieser belief sich auf 20.789 current international dollars, Gabun erreicht 20.757 current international dollars. Mit 1.260 bzw. 1.616 current international dollars wiesen die Zentralafrikanische Republik und Kongo DR die geringsten Werte in der Region und nahezu weltweit auf. Lediglich für Burundi war der Wert noch kleiner.

Der Blick in die Details aller Ländergutachten deutet unterm Strich in eine positive Richtung für die BTI-Region West- und Zentralafrika. Denn hier zeigt sich, dass insgesamt nur fünf Staaten kaum wahrnehmbar schlechter bewertet wurden, acht Staaten hingegen auf den gleichen Werten verharrten, aber neun Staaten teils deutlich besser bewertet wurden als noch vor zwei Jahren beim BTI 2024. Diese Entwicklung spiegelte sich auch beim GDP pro-Kopf-Wachstum in der Region wider: Mit Ausnahme einer Schrumpfung um 7,3% in Äquatorial Guinea – die durch Schwankungen des Ölpreises und den Auswirkungen von Covid-19 zu erklären sind – waren etliche Länder in einem recht stabilen Korridor von -0,8% bis 1,0%. Elf Staaten wiesen gar eine Steigerung ihres GDP pro-Kopf-Wachstum um über 2,0% aus. Der Abwärtstrend mit Blick auf

die wirtschaftliche Transformation, der noch im BTI 2024 sichtbar war und mit den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie im Zusammenhang stand, scheint also durchbrochen. Dies gilt insbesondere für zwei Staaten: Ghana und Nigeria.

Tab. 2: Entwicklungsstand der wirtschaftlichen Transformation

weit fortgeschritten	fortgeschritten	eingeschränkt	stark eingeschränkt	rudimentär
Werte 10 bis 8	Werte < 8 bis 7	Werte < 7 bis 5	Werte < 5 bis 3	Werte < 3
		Ghana	Senegal	
		Benin	Togo	
		Gambia	Kamerun	
		Côte d'Ivoire	Burkina Faso	
		Gabun	Mauretanien	
			Guinea	
			Sierra Leone	
			Mali	
			Liberia	
			Niger	
			Guinea-Bissau	
			Nigeria	
			Kongo, Rep.	
			Äquatorialguinea	
			Zentralafrikanische Rep.	
			Kongo, DR	
			Tschad	

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2026. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung des wirtschaftlichen Transformationsstands angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2024.

Die neue Regierung in Ghana reagierte auf die Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre. Hatte der Präsidentschaftskandidat Mahama noch versprochen, mit dem Internationalen Währungsfonds nachzuverhandeln, ruderte er als Präsident von diesem Versprechen zurück und fing stattdessen mit seiner Regierung an, die bereits vereinbarten Programme mit dem Fonds zu implementieren. Dazu gehörten Bemühungen, durch höhere Zinsen die hohe Inflation unter Kontrolle zu bringen und das Haushaltsdefizit zu senken. Vor allem durch eine besser bewertete Finanz- und Fiskalpolitik, durch Verbesserungen im sozialen Netz für die Bevölkerung und durch eine wahrnehmbare Unterstützung internationaler Umweltschutzbemühungen wurde die wirtschaftliche Transformation in Ghana im BTI 2026 wieder besser bewertet als noch vor zwei Jahren.

In Nigeria unternahm die Regierung unter Präsident Tinubu im Berichtszeitraum einige Maßnahmen, um die Wirtschaft des Landes zu stärken. So konsolidierte sie Wechselkurssysteme und ließ den Naira frei schwanken. Handelsbeschränkungen für einige Produkte wurden aufgehoben und der internationale Handel wurde weiter liberalisiert. Zudem strich die Regierung die teuren Subventionen für Kraftstoffe – eine lange vorgetragene Forderung externer Unterstützer. Die Regierung führte die Subventionen später allerdings teilweise wieder ein. Im Mai 2023 wurde die Dangote Raffinerie, die größte Raffinerie Afrikas, offiziell in Betrieb genommen. Mit dieser geschätzt 20 Mrd. US-Dollar Investition sind große Hoffnungen verbunden, Nigeria zu transformieren: von einem ölproduzierenden Land, dessen Öl andersorts raffiniert wird, hin zu einem selbstversorgenden Staat.

Trotz der skizzierten positiven Entwicklungen in Ghana, Nigeria und mit Blick auf den Durchschnitt aller Länder der BTI-Region West- und Zentralafrika, können die strukturellen Hürden, mit denen sich die Staaten der Region konfrontiert waren und mit denen sie auf absehbare Zeit konfrontiert bleiben werden, nicht überbetont werden. Zu ihnen gehören geographische Faktoren wie die hohe Dichte an Binnenstaaten ohne Zugang zum Meer, über das der Welthandel größtenteils abgewickelt wird, sowie die schwer passierbare Sahara, die eine natürliche Barriere Richtung Nordafrika und Europa bildet. Ferner wirkt sich die schlechte Verkehrsinfrastruktur, die mäßig diversifizierten Wirtschaftssysteme in der Region sowie die Schuldenlasten der Staaten negativ auf die wirtschaftliche Transformation aus.

Eine kaum stemmbare strukturelle Herausforderung stellt der Klimawandel dar. Mit Ausnahme von Nordafrika, wo die Situation noch dramatischer ist, gehört Westafrika laut einem Bericht der Weltorganisation für Meteorologie [World Meteorological Organization] von 2024 zu den am stärksten betroffenen Regionen des Kontinents. Dem Bericht zufolge waren im Jahr 2023 die Temperaturen in der Region um 1,29° Grad Celsius höher als im Vergleichszeitraum 1961–1990. Die Weltorganisation für Meteorologie führte in ihrem Bericht aus, dass der südliche Teil Kameruns und Süden der Demokratischen Republik Kongo im Jahr 2023 von extremer Dürre betroffen waren und es in letzterer sowie in der Zentralafrikanischen Republik eine hohe Zahl an Hitze-Wellen gab. Laut der Organisation verloren afrikanische Länder pro Jahr 2–5% ihres GDP aufgrund des Klimawandels. In Subsaharaafrika wurden die geschätzten Kosten für Klimaanpassungsmaßnahmen auf 30–50 Mrd US-\$ jährlich innerhalb des kommenden Jahrzehnts beziffert. Dies entsprach 2–3% des regionalen GDPs. Die Länderberichte erfassen die Herausforderungen, die der Klimawandel schuf, indem sie die Umweltpolitik der Staaten beleuchten. Dabei wird beurteilt, ob und wie die Länder mit Umweltbelangen umgehen. Hier zeigt sich ein Abwärtstrend. Hatte es seit Beginn des BTI in diesem Punkt eher eine Stagnation gegeben, zeigt im BTI 2026 der Durchschnittswert für die Region nun wieder nach unten. Er fiel von 3,83 im BTI 2024 auf nunmehr 3,77.

Eine Säule der Gesamtentwicklungsstrategie für Afrika sind die regionalen Wirtschaftsgemeinschaften, zu denen die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft zählt, besser bekannt unter ihrem englischsprachigen Akronym ECOWAS. Die ECOWAS umfasste 15 Mitgliedstaaten und verfolgte neben wirtschaftspolitischen Zielen auch politische Ziele, wozu die Förderung von Demokratie gehörte. Im Einklang mit ihren Vertragswerk, suspendierte die ECOWAS Burkina Faso, Mali und Niger nach den Coups in diesen Ländern und verhängte Sanktionen. Nach dem Sturz des Präsidenten im Niger drohte die ECOWAS sogar mit einer militärischen Intervention um eine Zivilregierung einzusetzen.

Die Auswirkungen der ECOWASSanktionen waren massiv. Nachdem die Nachbarländer ihre Grenzen geschlossen hatten, wurden Schulen und Geschäfte in Niger wegen mangelnder Versorgung teilweise geschlossen. Es brachen 70% der Stromversorgung des Landes weg, da diese aus Nigeria stammte und somit den Sanktionen unterworfen war. Auch die übrigen Mitgliedstaaten der ECOWAS waren von den Sanktionen betroffen. Der Hafen im beninischen Cotonou war ein Hauptumschlagplatz für Güter in den Niger und der Hafen des senegalesischen Dakars spielte diese Rolle für Güter nach Mali, gegen das ebenso Sanktionen verhängt worden waren. Mit den Sanktionen brachen in beiden Ländern wichtige Einnahmen ihrer Häfen weg. Wenngleich die Sanktionen im Januar 2024 aufgehoben wurden, war der Schaden angerichtet.

Die drei Militärjungen in Burkina Faso, Mali und Niger bildeten im September 2023 nicht nur eine Militärallianz, die Alliance of Sahel States, die der ECOWAS in politischer Sicht Konkurrenz machte, sondern beschlossen im Januar 2024 aufgrund der aus ihrer Sicht unmenschlichen Sanktionen der ECOWAS den Austritt aus der Organisation. Der Austritt wurde zum 30. Januar 2025 wirksam. Die Folgen der Austritte Burkinas, Malis und Nigers aus der ECOWAS sind noch nicht vollständig absehbar. Es werden jedoch größere negative Auswirkungen auf die sozioökonomische Situation und die Wirtschaftslage erwartet. Denn mit ihrem Austritt sind die drei Länder nicht mehr Teil der Zollunion der ECOWAS, in der seit 2015 keine Importzölle mehr für Waren aus ECOWAS-Staaten gezahlt werden mussten. Die drei Staaten mussten nun wieder Zölle an die ECOWAS-Mitglieder zahlen, sollten sie mit diesen Handel betreiben. Der ausbleibende Zugang zu den Häfen in Benin, Senegal, Ghana und Nigeria tat sein Übriges in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung. Dies war und ist insbesondere mit Blick auf die Nahrungssicherheit problematisch. Die Nahrungsmittelpreise in Burkina Faso, Mali und Niger könnten deutlich steigen und das, obwohl sie dort bereits um 110% höher waren als der Mindestlohn in den drei Ländern. Der ECOWAS-Austritt könnte also dramatische Auswirkungen für die Bevölkerung nach sich ziehen. Analysten sehen allerdings eine Chance für die drei Länder darin, dass sie die negativen Auswirkungen des ECOWAS-Austritts durch den Verkauf von Mineralien – insbesondere Gold – kompensieren könnten. Selbst wenn dies gelänge, dürften die steigenden Nahrungsmittelpreise dennoch erhebliche Auswirkungen auf die Bevölkerung und deren sozioökonomische Situation haben.

Governance

Wenig überraschend spiegelten sich die oben beschriebenen negativen Entwicklungen bei der politischen und wirtschaftlichen Transformation auch bei der Qualität der Governance wieder. Der Durchschnittswert für die BTI-Region West- und Zentralafrika hat sich seit dem BTI 2024 leicht gesenkt und betrug nunmehr noch 4,41. Dies ist der schlechteste Wert seit Beginn des BTI 2006 (4,48); im BTI 2024 lag der Wert noch bei 4,55. Die Verringerung des ohnehin schon niedrigen Durchschnittswerts ist allen voran durch die stark verminderte gemessene Qualität der Governance in Burkina Faso und Niger zu erklären. Die beiden Länder erfuhren einen regelrechten Absturz um 0,96 bzw. 1,82 und steigen damit jeweils um eine Kategorie ab und gelten nunmehr als Länder mit einer schwachen Qualität der Governance.

In Burkina Faso stieg die Konfliktintensität stark an. Ende 2024 gab es eine Million Binnenflüchtlinge im Land. Seit 2015 war die Anzahl, die geographische Ausbreitung und die Brutalität von Terrorattacken in Burkina Faso exponentiell angestiegen. Trotz anderslautender Aussagen der Militärregierung gab es im Berichtszeitraum weiterhin islamistische Anschläge im Land. Der „Global Terrorismus Index“ von „Vision of Humanity“ stufte Burkina Faso im Jahr 2024 als das am stärksten von Terrorismus betroffene Land weltweit ein. Ebenso stiegen im Berichtszeitraum die Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte und die Vigilantengruppe „Freiwillige für die Verteidigung des Heimatlandes“ (Volontaires pour la défense de la patrie) an. Reformorientierte Kräfte, die sich für die Demokratisierung einsetzen, hatten es in dem harschen Klima in Burkina Faso, das von anti-demokratischen Akteuren dominiert wurde, schwer.

Da anders als in Burkina Faso, das bereits 2022 den Coup erlebt hatte, die Militärjunta in Niger sich erst im Berichtszeitraum ins Amt putschte, ist die Abwertung Nigers im BTI 2026 stärker ausgeprägt als im Nachbarland Burkina Faso, wo die Konsolidierung der Militärregierung bereits im BTI 2024 berücksichtigt wurde. Augenfällig war die hohe Konfliktintensität in Niger. Das Land war im Berichtszeitraum entlang mehrerer Trennlinien gespalten, wie der BTI-Bericht zu Niger zeigt: zwischen alt und jung, arm und reich sowie zwischen denen, die eine demokratisch-orientierte Zivilregierung wollten und jenen, die eine Militärregierung mindestens für den Übergang befürworteten. Es zeigte sich, dass es derzeit keinen gesamtgesellschaftlichen Konsens zu der Frage gab, ob Demokratie gewünscht ist oder nicht. Anti-demokratische Akteure dominierten im Berichtszeitraum und Reformer konnten sich schwer Gehör verschaffen. Anders als in vergangenen Zeiten, in denen das Militär ebenso dominant gewesen war, gab es nach dem Coup 2023 kaum Proteste gegen die Junta.

Tab. 3: Qualität der Governance

sehr gut	gut	mäßig	schwach	gescheitert
Werte 10 bis 7	Werte < 7 bis 5,6	Werte < 5,6 bis 4,3	Werte < 4,3 bis 3	Werte < 3
	Senegal	Côte d'Ivoire ▼	Mauretanien	Kongo, Rep.
	Ghana	Liberia	Zentralafrikanische Rep.	Kongo, DR
	Gambia	Gabun	Kamerun	Tschad
	Benin	Togo	Burkina Faso ▼	
		Sierra Leone	Guinea-Bissau	
		Guinea	Niger ▼	
		Nigeria ▲	Äquatorialguinea	
			Mali	

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2026. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung im Governance-Index angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2024.

Burkina Faso und Niger vereinte im Berichtszeitraum eine Reorientierung ihrer Außenpolitik. Die neue Außenpolitik zeichnete sich durch eine Abwendung von Europa und den ECOWAS-Staaten aus bei einer gleichzeitigen Zuwendung zu den autoritären Regierungen in China, der Türkei und allen voran Russland sowie durch intensive Beziehungen zu den benachbarten Juntaen. Infolge dieser Reorientierung haben westliche Staaten die Kooperation mit den Militärregierungen in Burkina Faso und Niger (sowie Mali) weitgehend ausgesetzt, was bedeutete, dass kaum noch Entwicklungshilfe in die Länder floss. Die Priorität der Regierungen lag auf kurzfristigen Sicherheitsinteressen – langfristige Entwicklungsstrategien waren kaum erkennbar. Der oben beschriebene Austritt aus der ECOWAS tat sein Übriges. Diese Entwicklungen gepaart mit der Verweigerung Wahlen abzuhalten bzw. noch nicht einmal in Aussicht zu stellen und der zunehmenden Repression führten zu einem Glaubwürdigkeitsverlust der Militärregierungen insbesondere in Burkina Faso und Niger. Die Länderbericht zu den beiden Staaten zeigen dies deutlich. Denn im BTI wird auch der Frage nachgegangen, in welchem Ausmaß die Regierung als glaubwürdiger und zuverlässiger Akteur gegenüber der internationalen Gemeinschaft auftritt. Auf der 10-Punkte Skala werden Burkina Faso und Niger im BTI 2026 mit nur noch 4 Punkten bewertet. Im Falle von Burkina Faso bedeutet dies ein Verlust von 2 Punkten, im Falle Nigers sogar um 5 Punkte.

Nimmt man Burkina Faso und Niger aus dem Gesamtbild heraus, zeigt sich mit Blick auf die übrigen Länder, dass die Qualität der Governance in der BTI-Region West- und Zentralafrika im Berichtszeitraum weitgehend stagnierte. Weiterhin gilt, dass anders als bei der Bewertung der wirtschaftlichen Transformation, bei der sich die Staaten der Region in zwei Kategorien clustern, sich die Staaten mit Blick auf die Qualität der Governance nahezu auf das gesamte Spektrum verteilen. Lediglich in der höchsten Kategorie „sehr gute“ Qualität der Governance findet sich kein Land der Region.

Senegal und Ghana zeichneten sich weiterhin durch eine gute Qualität der Governance aus und rangieren unter allen vom BTI 2026 untersuchten Staaten auf Rang 15 bzw. 20. Die neue Regierung im Senegal unter Präsident Faye zeigte mit Blick auf die Qualität der Governance eine für das Land produktive Kontinuität. Denn ähnlich wie bei der Vorgängerregierung wurde die Qualität als hoch bewertet. In Ghana gab es ähnlich wie im Senegal auch, eine hohe Übereinstimmung in der Gesellschaft darüber, die Demokratie bewahren zu wollen. Anders als in vielen anderen Ländern der BTI-Region West- und Zentralafrika kamen reformorientierte Kräfte in beiden Ländern zu Wort und hatten auch Einfluss. Auch vermochten beide Länder gut mit ihren Nachbarn und anderen Staaten der Welt sowie mit internationalen Organisationen – insbesondere mit dem Internationalen Währungsfonds – zu kooperieren, was sich positiv auf die Bewertung der Governance auswirkte.

In Nigeria hat sich die Qualität der Governance leicht verbessert, was sogar zu einem Aufstieg um eine Kategorie führte. Zu dieser neuen Kategorisierung trug laut dem BTI-Bericht zu Nigeria bei, dass es die Regierung besser schaffte, Politiken zu priorisieren und zu implementieren. Am weitestreichenden in dieser Hinsicht war die Umsetzung der lange von internationalen Entwicklungsorganisationen geforderten Kürzung der Kraftstoff- und Stromsubventionen sowie die Konsolidierung des Wechselkurses der nigerianischen Naira. Die Veränderungen in diesen beiden ökonomischen Fragen steigerte auch die Glaubwürdigkeit der Regierung bei internationalen Partnern.

Ferner verbesserte sich die Qualität der Governance in Gabun und Gambia leicht. In Gabun waren die Bongo Dynastie und die Regierungspartei Parti Démocratique Gabonais die zentralen Akteure, die über viele Jahre hinweg eine Demokratisierung des Landes effektiv versucht hatten zu verhindern. Unter anderem dieses Streben der Bongo-Familie provozierte den Coup im August 2023 und brachte eine Militärregierung an die Macht, die nicht nur die Regierungspartei verbannte, sondern auch demokratische Wahlen auf den Weg brachte, die 2025 stattfanden. Bei den Präsidentschaftswahlen im April 2025 wurde der Anführer der gabunischen Militärregierung nach dem Putsch, Brice Oligui Nguema, zum Präsidenten gewählt. Nguema erhielt rund 90% der Stimmen, während sein nächster Konkurrent nur rund 3% erhielt. Mit dem Wegfall der Bongos und der Parti Démocratique Gabonais gibt es eine gewisse Chance, dass reformorientierte Kräfte sich durchsetzen könnten. Die Bereitschaft von Brice Nguema, einen nationalen Dialog zur Verfassung zu initiieren und abzuhalten und die Verfassung in einem Referendum zur Abstimmung zu stellen, könnte in diese Richtung gewertet werden. Die neue Verfassung wurde bereits im November 2024 mit 92% der Stimmen angenommen. Selten zuvor hatte die Zivilgesellschaft so viel Mitspracherechte wie in dieser Phase der Geschichte des Landes, wie der Länderbericht zu Gabun festhält.

Côte d'Ivoire stieg um eine Kategorie ab und wird im BTI 2026 nunmehr mit einer „mäßigen“ Qualität der Governance bewertet. Wenngleich die Regierung und auch die Opposition offiziell am langfristigen Ziel der Demokratisierung festhielten, gab es zunehmend Fragezeichen, ob die

Regierung faktisch eine Demokratisierungsstrategie verfolgte. Ferner war unklar, ob das Militär jede Zivilregierung akzeptieren würde. Die Glaubwürdigkeit der Regierung und ihr Bekenntnis zur Rechtsstaatlichkeit hatten bereits im Jahr 2020 Schaden erlitten, als die Regierung infolge ihrer Unzufriedenheit mit einer Entscheidung des African Court on Human and People's Rights beschlossen hatte, das Gericht zu verlassen und Bürgerinnen und Bürgern sowie NGOs den Zugang zum Gericht zu untersagen. Das hielt das Gericht aber nicht davon ab, laufende Verfahren gegen Côte d'Ivoire weiterzuverfolgen und im September 2023 in einer richtungsweisenden Entscheidung das Land zu verurteilen. Bei dem Verfahren ging es um das Verklappen von giftigen Stoffen im Jahr 2006, wodurch 17 Menschen starben, hunderttausende unter Atem- und Hautproblemen litten und das Grundwasser vergiftet wurde. Das Gericht urteilte, dass Côte d'Ivoire unter anderem das Recht auf Leben und Gesundheit verletzt habe und sprach sich für Reparationen aus.

Auch in Guinea gibt es eine signifikante Verschlechterung der gemessenen Werte zur Qualität der Governance, die allerdings nicht in einer Eingruppierung in einer anderen Kategorie münden. Die Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteure wurde nach dem Coup 2021 immer weiter erschwert. Einige Vertreter zivilgesellschaftlicher Gruppen wurden von der neuen Regierung kooptiert, andere, die weiterhin kritisch blieben, wurden angegriffen. So wurde im Februar 2025 der Leiter des Forum des Forces Sociales de Guinée, ein Netzwerk zivilgesellschaftlicher Gruppen, Abdul Sacko entführt, verschleppt und gefoltert. Wie dieses Beispiel zeigt: reformorientierte Kräfte hatten es schwer, ihre Ideen und Vorstellungen in Guinea zu vertreten. Das Streben der Junta, ihre Macht abzusichern, führte dazu, dass sie es weniger vermochte, anderweitige politische Prioritäten zu setzen, ihre Politiken zu implementieren und Policy-Learning zu betreiben. All das wirkte sich negativ auf die Qualität der Governance aus.

Das Schlusslicht der Region in Bezug auf die Qualität der Governance bildet der Tschad, der von Rang 126 auf Rang 127 aller im BTI 2026 analysierten Länder abstieg. Der Tschad befindet sich seit vielen Jahren in einem Dauerkonflikt. Marielle Debos ging in ihrem Buch mit dem vielsagenden Titel „Living by the gun in Chad“ sogar soweit, davon zu sprechen, dass es im Tschad keine Normalität gebe und man nicht zwischen Krieg und Frieden unterscheiden könne, sondern eher zwischen Krieg und „Zwischen-Krieg“ differenzieren sollte. [im englischen Original: „I do not use the categories of ‘war‘ and ‘peace‘. Instead I refer to ‘war‘ and ‘inter-war’.] Seit der Übernahme der Macht durch Mahamat Déby hat sich die Konfliktintensität im Tschad erhöht, was vor allem damit zu erklären ist, dass der Präsident dabei war, teils gewaltvoll seine Macht zu konsolidieren. Reformorientierte Kräfte hatten es sehr schwer im Land. Im Berichtszeitraum wurde die Zivilgesellschaft in Entscheidungsprozessen nicht gehört. Der „schwarze Dienstag“, namentlich der 20. Oktober 2022, als Sicherheitskräfte mindestens 128 Demonstrierende getötet hatten, wog im Berichtszeitraum noch schwer und führte die Repressionen der Regierung vor Augen. Ähnlich wie bei seinen Vater auch, gab es wenig Hoffnung, dass sich der Lebensstandard der Menschen im Tschad verbessern würde, indem die Regierung die entsprechenden Prioritäten setzt und zielorientiert mit internationalen Gebern zusammenarbeitet. Zusammengefasst wird so deutlich, warum der BTI die Qualität der Governance im Tschad als besonders gering bewertet.

Ausblick

Der Gegenwind, der reformorientierten Kräften entgegenschlug, die sich für Demokratie und gute Regierungsführung einsetzten, war im Berichtszeitraum groß. Dieser kam in vielen Ländern der BTI-Region West- und Zentralafrika von innen in Gestalt von repressiven autokratischen Regierungen, die Demokratiestreben notfalls mit Gewalt unterbanden. Gegenwind kam aber auch von außen, namentlich in Form eines teilweisen Rückzugs bisheriger Geldgeber, das bisweilen sogar als wachsendes Desinteresse beschrieben werden kann, bei gleichzeitig gesteigerter Interesse autoritärer Staaten an afrikanischen Ländern. Mit Blick auf die kommenden Jahre ist nicht zu erwarten, dass dieser Gegenwind von außen nachlässt.

Die Wahl des 47. US-Präsidenten im November 2024 war ein schwerer Schlag für demokratieorientierte Kräfte in West- und Zentralafrika. Hatte er in seiner ersten Amtszeit afrikanische Staaten noch despektierlich als „shithole countries“ bezeichnet und wenig Interesse am Kontinent gezeigt, setzte er in seiner zweiten Amtszeit die Vision von „America first“ mit Blick auf Afrika radikal um. Dies bedeutete ein faktisches Ende der US-amerikanischen Entwicklungszusammenarbeit und der Demokratiefördermaßnahmen auf dem Kontinent. Die ausbleibenden Mittel sind ein bitterer Rückschlag für reformorientierte Kräfte in den Ländern, aber auch für internationale Organisationen, die Demokratie und sozioökonomische Entwicklung fördern sowie für Sicherheit in West- und Zentralafrika und darüber hinaus sorgen wollen. Diese Organisationen können ohne die Mittel der Vereinigten Staaten von Amerika künftig kaum mehr im gleichen Umfang ihre Aufträge erfüllen und Programme durchführen. Alleine bei den Vereinten Nationen bezahlten die Vereinigten Staaten von Amerika im Jahr 2024 über ein Viertel des Budgets der Organisation.

Jenseits der Finanzierungsproblematik wird mittel- und langfristig das Ende der Vorbildfunktion der Vereinigten Staaten von Amerika schwer wiegen. Letztere hatten – trotz aller Doppelstandards während und auch nach dem Kalten Krieg – sich alles in allem für Demokratie, Menschenrechte, gute Regierungsführung und eine voranschreitende sozioökonomische Entwicklung eingesetzt. Gegen Ende seiner zweiten Amtszeit, im Juli 2015 hielt Präsident Barack Obama eine Rede vor der Afrikanischen Union. Unter dem Beifall der meist jungen Zuhörerinnen und Zuhörer auf den Rängen sagte er den versammelten Staats- und Regierungschefs im Plenum: „When I first came to Sub-Saharan Africa as a President, I said that Africa doesn’t need strongmen, it needs strong institutions.“ Er fuhr unter Gelächter fort: „sometimes you’ll hear leaders say, well, I’m the only person who can hold this nation together“, und fügte hinzu: „If that’s true, then that leader has failed to truly build their nation.“ Der gegenwärtige US-Präsident zeigt kein Interesse am Aufbau von (demokratischen) Institutionen. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind als demokratisches Vorbild weggebrochen und die Folgen für die Demokratieentwicklung in West- und Zentralafrika sowie in anderen Regionen der Welt deuten sich an, sind aber noch nicht abzusehen.

Nicht nur die USA ziehen sich zurück, sondern auch europäische Staaten beginnen, Mittel für die Demokratieförderung und Entwicklungszusammenarbeit zu kürzen. Die Prioritäten der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der NATO, zumeist traditionelle Geberländer und Demokratieförderer, werden im Lichte der russischen Bedrohung in absehbarer Zeit im Bereich der Landes- und Bündnisverteidigung liegen, so dass weniger Mittel für Demokratieförderung und Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stehen werden.

Parallel zu diesen Entwicklungen zieht sich Frankreich als letzte bis heute noch stark präsente ehemalige Kolonialmacht zusehends aus West- und Zentralafrika nicht zuletzt unter Druck der dortigen Regierungen zurück. Dies müssen nicht zwangsläufig schlechte Nachrichten mit Blick auf die Demokratisierung sein, hat Frankreich mit seinen immer wieder vorkommenden Interventionen doch seinen Teil dazu beigetragen, dass sich frankophile Autokraten an der Macht halten konnten. Wenngleich der Rückzug Frankreichs den Wünschen vieler in der Region entspricht, die nach umfassenderer Souveränität und Selbstbestimmung streben, kommt es durch den Abzug des Militärs aber auch zu einem Sicherheitsvakuum.

Ergebnis Governance Index

Ergebnis Status Index

2026	2024		2024	2026	
6,68	6,56	Senegal	5,93	5,93	
6,41	6,34	Ghana	6,53	6,63	
6,27	5,90	Gambia	6,17	6,33	
5,80	5,80	Benin	5,47	5,45	
5,52	5,60	Côte d'Ivoire	5,05	5,06	
5,02	4,93	Liberia	5,16	5,19	
4,79	4,57	Gabun	5,03	4,69	
4,77	5,01	Togo	4,72	4,52	
4,56	4,67	Sierra Leone	5,05	4,88	
4,55	5,09	Guinea	4,29	4,08	
4,44	4,13	Nigeria	3,87	3,99	
4,25	4,11	Mauretanien	4,32	4,33	
4,22	4,06	Zentralafrikanische Republik	3,28	3,38	
3,95	3,93	Kamerun	4,09	4,05	
3,80	4,76	Burkina Faso	4,19	3,64	
3,70	3,95	Guinea-Bissau	4,52	4,29	
3,69	5,51	Niger	5,00	3,37	
3,50	3,52	Äquatorialguinea	2,98	3,08	
3,21	3,60	Mali	3,75	3,51	
2,91	2,91	Kongo, Rep.	3,32	3,41	
2,65	2,87	Kongo, DR	3,37	3,32	
2,22	2,31	Tschad	2,72	2,77	

Politische Transformation
Wirtschaftliche Transformation

Das entstehende Sicherheitsvakuum wird vielerorts mit Hilfe von anderen Autokratien gefüllt. Allen voran durch Russland, dessen Berater, Truppen und Söldner vor allem in den Coup-Staaten der Sahelzone und in der Zentralafrikanischen Republik präsent sind und dort Sicherheitsinteressen bedienen. Dies geschieht jedoch immer wieder unter Missachtung von fundamentalen Menschenrechten und demokratischen Mindeststandards. Demokratisierung wird in diesen Ländern so weitgehend unmöglich gemacht. Die Ressentiments gegenüber westlichen Staaten – insbesondere Frankreich – und der Frust über viele Jahrzehnte gescheiterter Entwicklungszusammenarbeit sind so groß, dass die Abwendung vom Westen und die Hinwendung zu Russland auf absehbare Zeit anhalten wird. Denn Russland macht seine Unterstützung für Regierungen in West- und Zentralafrika ebenso wie China und andere Autokratien nicht von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit abhängig, sondern folgt primär wirtschaftlichen und geostrategischen Überlegungen. Dies macht die russische Unterstützung insbesondere für sich konsolidierende Militärregierungen in West- und Zentralafrika attraktiv. Deshalb ist dies das größte Interessensgebiet Russlands außerhalb der früheren Sowjetunion.

Die wachsende Abneigung gegen westliche Staaten wird in der Sahelzone besonders deutlich, wenn Teile der Bevölkerung ausgerechnet in Vladimir Putin einen Helfer und Retter sehen. Dies ist derselbe Putin, der in der Ukraine einen völkerrechtswidrigen brutalen Angriffskrieg führt, der unzähligen Zivilistinnen und Zivilisten aber auch den eigenen und ukrainischen Soldatinnen und Soldaten das Leben gekostet hat. In einem ersten Schritt täten westliche Staaten gut daran, die teils vorhandene Verzweiflung der Bevölkerung in Subsaharaafrika zu erkennen, welche hinter einer solchen Gedankenverschiebung stecken muss. Es zeichnet sich ab, dass auf absehbare Zeit Demokratisierungsbemühungen nicht von außen kommen. Das Streben nach Demokratie muss folglich aus den Staaten selbst herauskommen. Dies ist per se nicht schlecht, verspricht eine von innen gewachsene Demokratie, die von einer breiten Schicht der Bevölkerung getragen wird, doch langfristig zu wirken. In den kommenden Jahren wird es reichlich Anschauungsmaterial geben, wohin sich die BTI-Region West- und Zentralafrika entwickeln wird. So werden die anstehenden Wahlen in Gabun einen weiteren Hinweis darauf geben, ob das Verfassungsreferendum zusammen mit dem nationalen Dialog nur ein Strohfeuer der Demokratisierung war oder ob mehr zu erwarten ist. In Côte d'Ivoire wird der Amtsinhaber, dessen Kandidatur für eine dritte Amtszeit 2021 kritisch beäugt wurde, scheinbar nicht mehr zur Wahl antreten. Sollte eine reformorientierte Kraft gewählt werden, bestehen Chancen, dass eines der wirtschaftlichen Schwergewichte der Region sich wieder auf den Weg der Demokratisierung macht. Auch Gambia steht am Scheideweg. Hier stehen 2026 Präsidentenwahlen an, bei denen es sich zeigen wird, ob das Land den eingeschlagenen Demokratisierungskurs fortsetzen wird. Besonders interessant dürfte es jedoch werden, die politischen Entwicklungen im Senegal zu verfolgen. In naher Zukunft wird sich zeigen, wie anfällig das dortige System für die Strahlkraft autokratischer Herrscher ist. Russland tut einiges dafür, die neugewählte senegalesische Regierung dabei zu unterstützen, sich von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich weiter zu lösen. Insofern ist Senegal ein Brennglas der großen geopolitischen Entwicklungen in der Region, die sich immer weiter vom Westen emanzipiert und ihren eigenen Weg beginnt, einzuschlagen.

Über den BTI

Governance im internationalen Vergleich

Seit 2004 analysiert und bewertet der Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI) regelmäßig die Qualität von Demokratie, Marktwirtschaft und Regierungsführung in 137 Entwicklungs- und Transformationsländern. Grundlage für die Bewertung sind über 5.000 Seiten an detaillierten Länderberichten, die in Zusammenarbeit mit über 280 Experten führender Universitäten und Think Tanks in über 120 Ländern erstellt werden.

Der aktuelle Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom 1. Februar 2023 bis zum 31. Januar 2025.

Der BTI ist der einzige international vergleichende Index, der die Qualität von Regierungshandeln mit selbst erhobenen Daten misst und eine umfassende Analyse von politischen Gestaltungsleistungen in Transformationsprozessen bietet.

Transformation Index BTI 2026

ISBN

978-3-68933-009-5

AUFLAGE

1. Auflage

UMFANG/FORMAT

80 Seiten, Broschur

PREIS **18,00 €**

ZZGL. VERSANDKOSTEN



Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Phone +49 5241 81-0

Sabine Donner
Senior Expert
Telefon +49 5241 8181501
sabine.donner@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Hauke Hartmann
Senior Expert
Telefon +49 5241 8181389
hauke.hartmann@bertelsmann-stiftung.de

Sebastian Plate
Project Manager
Telefon +49 5241 8181263
sebastian.plate@bertelsmann-stiftung.de

www.bti-project.org

www.bertelsmann-stiftung.de